

N i e d e r s c h r i f t

über die 19. - öffentliche - Sitzung

der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

am 28. Oktober 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

Beratung und Beschlussfassung gem. § 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT

Unterrichtung durch die Landesregierung über Maßnahmen im Bereich Migration und Teilhabe 4

Aussprache 5

2. Sonstiges 12

Anwesend:

Mitglieder der Kommission:

1. Abg. Ulrich Watermann (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
3. Abg. Djenabou Diallo Hartmann (GRÜNE)
4. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

5. Frau Lilli Bischoff
6. Herr Dr. Anwar Hadeed
7. Frau Magdalena Kruse
8. Frau Karin Loos
9. Frau Banafsheh Nourkhiz
10. Herr Muzaffer Öztürkyilmaz
11. Frau Beate Seusing
12. Frau Laura Syska
13. Herr Bakari Tangara

Stellvertretende Mitglieder der Kommission:

1. Frau Carmen Schaper

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Lange.

Regierungsrat Dr. Ramm, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 16:05 Uhr bis 17:06 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Die **Kommission** billigt die Niederschriften über die 16., 17. und 18. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025

federführend: AfHuF;

mitberatend: ständige Ausschüsse

Beratung und Beschlussfassung gem. § 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT

Die **Kommission** stimmt dem Unterrichtsantrag von Herrn Dr. Anwar Hadeed zu migrations- und integrationsrelevanten Aspekten im Haushalt 2026 und in der mittelfristigen Finanzplanung vom 29. September 2025 (Anlage 1 zur Einladung zu dieser Sitzung) einvernehmlich zu.

Unterrichtung durch die Landesregierung über Maßnahmen im Bereich Migration und Teilhabe

MR **Wegener** (StK) betont eingangs, Niedersachsen werde insgesamt rund 735,5 Millionen Euro für Maßnahmen in den Bereichen Migration, Integration und Teilhabe zur Verfügung stellen. Das Land erstatte den Kommunen Verwaltungsausgaben in Höhe von 495 Millionen Euro.

Das Kabinett habe im Sommer eine globale Minderausgabe beschlossen, weshalb die Ressorts innerhalb ihrer vorgelegten Ansätze selbstständig Einsparungen vornehmen müssten. In den zentralen Feldern im Migrationsbereich seien allerdings keine negativen Veränderungen zu erwarten. Beispielhaft hierfür nennt er die Migrationsberatungsstellen, die Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe, die Richtlinie „Teilhabe und Zusammenhalt“, die Welcome Center sowie die Richtlinie Sprach-Kitas zu nennen. Im MWK-Bereich sei zudem eine Erhöhung der Mittel für Landessprachkurse zu verzeichnen.

*

Sodann bespricht die **Kommission** - Ressort für Ressort - die relevanten Maßnahmen aus dem Themenbereich Migration auf der Grundlage des schriftlichen Berichts, der den Kommissionsmitgliedern vorab zugeleitet wurde (**Anlage**).

MR **Wegener** (StK) und weitere Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung beantworten - mit Ergänzung durch Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) sowie durch Abg. **Djenabou Diallo Hartmann** (GRÜNE) - Informationsfragen aus den Reihen der Kommissionsmitglieder.

Eine besondere **Aussprache** ergibt sich zu folgenden Punkten:

Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Sport

Kapitel 0326 - Asylbewerber, Kontingent- und sonstige ausländische Flüchtlinge

Titel 546 11 - Erstattungen an den Bund zur Förderung der freiwilligen Rückkehr

Dr. Anwar Hadeed bittet um eine Erklärung der scheinbaren Mittelreduzierung.

RR'in **Vogt** (MI) antwortet, die Mittel seien nicht reduziert, sondern innerhalb desselben Kapitels lediglich verlagert worden, und zwar in die Titel 631 12 und 685 51.

Per E-Mail an die Landtagsverwaltung vom 20. November 2025 teilte das MI ergänzend Folgendes mit:

Der Titelanatz wurde im Haushaltsplanentwurf (HPE) 2026 zwar um insgesamt 159.000 Euro reduziert, allerdings wurden die finanziellen Mittel nicht gestrichen, sondern lediglich auf andere Haushaltstitel in dem Kapitel verlagert.

Die Mittelverlagerung kann wie folgt aufgeschlüsselt werden:

Ansitzerhöhung bei 0326-631 12 in Höhe von 9.000 Euro:

Grund hierfür ist, dass die Ausgaben für die vom BAMF umgesetzten Projekte Bund-Länder-Projekte zur freiwilligen Rückkehr in die Republik Kosovo (URA) sowie nach Albanien (Brückenkomponente Albanien) noch in den neu dafür eingerichteten Titel verlagert werden mussten. Der neue Ansatz bei 631 12 schlüsselt sich wie folgt auf:

- 374.000 Euro für REAG/GARP 2.0
- 113.000 Euro für URA und Brückenkomponente Albanien

Ansitzerhöhung bei 0326-685 51 in Höhe von 150.000 Euro:

In dem Titel sind Zuschüsse des Landes zur Finanzierung von Projekten im Rahmen der freiwilligen Rückkehr und Weiterwanderung sowie der Rückführung von ausländischen Flüchtlingen veranschlagt. Die Förderung der Projekte von Nicht-staatlichen Organisationen wurde mit der Zuwendungsrichtlinie Rückkehrberatung vom 10.10.2022 bekräftigt, die bis 2027 verlängert worden ist. Der Umfang der für 2025 eingereichten Förderanträge hat sich vor allem mit Blick auf die Personalkosten erhöht. Für das Jahr 2025 wurden 13 Anträge bewilligt. In den Folgejahren wird der Bedarf der Personalkosten bei gleichbleibender Beratungsanzahl allein aufgrund der steigenden standardisierten Sätze kalkulatorisch um 150.000 Euro ansteigen.

Aufgrund der Mittelverlagerungen mussten auch die Ansätze der Mittelfristigen Planung (MiPla) entsprechend angepasst werden. Näheres kann hierzu der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

	0326-546 11	0326-631 12	0326-685 51
<i>MiPla Ansatz 2026-2029 alt</i>	476.000 Euro	393.000 Euro	1.650.000 Euro
<i>Mittelverlage- rung</i>	- 150.000 Euro	-	+ 150.000 Euro
	- 94.000 Euro	+94.000 Euro	-
<i>MiPla Ansatz 2026-2029 neu</i>	232.000 Euro	487.000 Euro	1.800.000 Euro

Mit Blick auf die Rückkehroffensive des Bundes zur Stärkung und Ausbau der freiwilligen Rückkehr ist davon auszugehen, dass neben einer Verstetigung in den Folgejahren weitere Rückkehrberatungsstellen aufgebaut werden sollen. Die Entwicklung der freiwilligen Ausreisen und Rückführungen stellt sich seit Anfang des Jahres wie folgt dar:

Rückkehrzahlen 2025

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Gesamt
<i>Abschiebungen</i>	118	90	123	100	101	94	91	111	144	972
<i>davon Dublin- Überstellungen</i>	30	26	31	20	27	13	18	23	42	230
<i>freiwillige Aus- reisen mit BAMF (REAG/GARP- 2.0 Programm)</i>	120	170	163	218	161	139	178	209	264	1.622
<i>freiwillige Aus- reisen über Indi- vidualhilfen LAB NI</i>	21	11	71	10	8	16	11	7	5	160

Titel 633 11 - Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV)

Herr **Dr. Anwar Hadeed** erkundigt sich, ob bzw. in welcher Höhe Niedersachsen Teile dieser Mittel vom Bund erstattet bekommen werde.

RR'in **Vogt** (MI) sagt, das Land sei gesetzlich verpflichtet, die entsprechenden Aufwendungen zu erstatten. Die Erstattungshöhe werde in Relation zur Zahl der Leistungsberechtigten und zu den tatsächlichen Aufwendungen vor Ort bemessen.

Sie sichert die Nachreichung konkreterer Details hierzu zu.

Per E-Mail an die Landtagsverwaltung vom 20. November 2025 teilte das MI ergänzend Folgendes mit:

Der Hauptausgabentitel enthält die Kostenabgeltung, die das Land den Landkreisen und kreisfreien Städten für dort aufhältige Leistungsempfänger/-innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) nach den Vorgaben des Nds. Aufnahmegesetzes zu zahlen hat.

Zur Frage, ob und wenn ja, in welcher Höhe sich der Bund an den Ausgaben beteiligt, kann mitgeteilt werden, dass dieser die Länder und Kommunen bei der Finanzierung der Kosten für die Aufnahme und Unterbringung sowie weiterer Kosten im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen unterstützt. Um die flüchtlingskostenbezogene Entlastung von Ländern und Kommunen durch den Bund in Abhängigkeit von der Anzahl der Schutzsuchenden sicherzustellen, hatten der Bund und die Länder im Rahmen einer Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 6. November 2023 vereinbart, die bisher feste Pauschale in Höhe von 1.250 Mio. Euro ab dem Jahr 2024 zu einem „atmenden System“ weiterzuentwickeln. Nach diesem System zahlt der Bund den Ländern eine jährliche Pro-Kopf-Pauschale in Höhe von 7.500 Euro pro Asylersantragsteller/-in. Hierzu erhalten die Länder eine jährliche Abschlagszahlung in Höhe von 1.250 Mio. Euro; davon entfallen auf das Land Niedersachsen rechnerisch rd. 119 Mio. Euro. Die Abschlagszahlung wird im Folgejahr im Rahmen einer Spitzabrechnung auf der Grundlage der tatsächlichen Anzahl von Asylersantragstellern verrechnet. Gleichzeitig sagte der Bund zu, in jedem Fall 1.000 Mio. Euro pro Jahr als Flüchtlingspauschale an Länder und Kommunen zu leisten, um die notwendige Infrastruktur zu erhalten, sollte die Zahl der Asylersanträge deutlich sinken.

Aufgrund der gesunkenen Zugangszahlen wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass der Bund lediglich den Minimalbetrag von 1.000 Mio. Euro in den nächsten Jahren leisten muss. Statt der 119 Mio. Euro würde Niedersachsen dann nur noch 99 Mio. Euro erwarten.

Weitergehende Fragen sind an das hierfür zuständige Fachressort (MF) zu richten.

Kapitel 0328 - Landesaufnahmebehörde Niedersachsen - budgetiert

Muzaffer Öztürkyilmaz möchte wissen, wie sich der ca. 11-prozentige Mittelanstieg angesichts der um 60 % gesunkenen Asylantragszahlen erkläre.

RR'in **Vogt** (MI) führt aus, der Kernaufgabenbereich der Landesaufnahmebehörde habe sich über die Versorgung und Betreuung von Geflüchteten hinaus erweitert. Sie fungiere mittlerweile

als zentrale Stelle für das beschleunigte Fachkräfteverfahren und verfüge hierfür über zusätzliches Personal und erweiterte Liegenschaftsstrukturen. Obwohl die Flüchtlingszahlen derzeit rückläufig seien, verfolge die Landesregierung das Ziel, die regulären Kapazitäten der Behörde auszubauen, um bei gegenläufigen Entwicklungen weiterhin aufnahmefähig zu bleiben.

Abg. **Djenabou Diallo Hartmann** (GRÜNE) erläutert ergänzend, für die Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes sei in Osnabrück eine zentrale Ausländerbehörde eingerichtet worden, die aufenthaltsrechtliche Verfahren beschleunigen solle. Dafür seien 36 neue Stellen geschaffen worden. Die in diesem Aufgabenfeld bereits erheblich beanspruchten Kommunen würden dadurch entlastet.

Einzelplan 05 - Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Abg. **Djenabou Diallo Hartmann** (GRÜNE) teilt einleitend zu diesem Themenblock mit, zu Anfang der Legislaturperiode habe es Kürzungen bei der Finanzierung der Migrationsberatungsstellen gegeben, die über den Nachtragshaushalt kompensiert worden seien. Die Förderpauschalen seien zwar angehoben worden, dies habe nach Einschätzung vieler Verbände jedoch nicht ausgereicht. Hervorzuheben sei, dass keine Stellen abgebaut worden seien und die Mittel bis 2028 in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen worden seien.

Im Haushaltsentwurf 2026 lasse sich eine Deckungslücke von rund 200 000 Euro erkennen; gegenwärtig werde eine Kompensation über die politische Liste angestrebt.

Kapitel 0502 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 16 - Zuschüsse zur Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Antidiskriminierung

Frau **Beate Seusing** fragt nach dem Verwendungszweck der Mittel angesichts der Tatsache, dass das Förderprogramm respekt*land nicht fortgeführt werden solle.

Frau **Kreutzenbeck** (MS) kündigt an, diese Frage an die Zuständigen weiterzuleiten und die Antwort nachzureichen.

Abg. **Djenabou Diallo Hartmann** (GRÜNE) sagt, die für das Programm respekt*land notwendigen Bundesmittel flössen nur, wenn die Landesbeteiligung von 10 % gesichert sei. Da zunächst unklar gewesen sei, ob der Bund die Förderung fortsetzen werde, habe man vermeiden wollen, dass die aufgebauten Strukturen der Landesarbeitsgemeinschaft Antidiskriminierung durch eine fehlende Kofinanzierung gefährdet würden. Deshalb habe man die Mittel teils in den regulären Haushalt überführt und teils über die politische Liste absichern wollen. Die insgesamt rund 500 000 Euro könnten so aber nicht vollständig gedeckt werden. Einige Kommunen hätten angekündigt, die Finanzierung zu übernehmen, falls der Bund seine Förderung einstelle.

Per E-Mail an die Landtagsverwaltung teilte das MS im Nachgang zur Sitzung Folgendes mit:

0502	0502 684 16	<i>Zuschüsse zur Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Antidiskriminierung</i>	<i>Allgemeine Bewilligungen</i>	<i>Förderung des Aufbaus und der Weiterentwicklung von dezentraler niedrigschwelliger Antidiskriminierungsberatung in Niedersachsen</i>	<i>53.000</i>	<i>83.000</i>	<i>53.000</i>	<i>Ansatzreduktion durch Aufwuchs politische Liste</i>
-------------	------------------------------	--	---------------------------------	---	---------------	---------------	---------------	--

*Kapitel 0503 - Migration und Teilhabe von Zugewanderten**TGr 65 - Förderung der Teilhabe zugewanderter Menschen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts*

Auf Nachfragen von Frau **Carmen Schaper** bestätigt **Kreutzenbeck** (MS), die Mittelminderung bei der Richtlinie „Teilhabe und Zusammenhalt“ beruhe ausschließlich auf einer Mittelverlagerung zugunsten landesweit tätiger Migrantenorganisationen, die ebenfalls Aufgaben im Bereich Teilhabe und Zusammenhalt wahrnehmen.

Zur Haushaltslage im Bereich Arbeit habe Minister Dr. Philippi bei der Einbringung ausgeführt,

„auch die Weiterbildungsprämie ist mit einem Ansatz in Höhe von 1,24 Millionen Euro im Haushaltsplanentwurf 2026 verstetigt“.

Zugleich habe er den arbeitsmarktpolitischen Bereich als „Sorgenkind“ bezeichnet und unterstrichen, dass weitergehende Verstetigungen wünschenswert gewesen wären. Weiter habe er gesagt:

„Das Förderprogramm Start Guides und die Beratungsstellen für mobile Beschäftigte können wir aber dennoch im bisherigen Umfang auch in 2026 fortführen. Durch den ergänzenden Einsatz von ESF-Mitteln wollen wir zumindest die Welcome-Center-Strukturen auf aktuellem Niveau festschreiben.“

Mit den verbleibenden Mitteln soll die notwendige Mindest-Kofinanzierung aus Landesmitteln für neue Fachkräfteprojekte über die Fördermaßnahme Regionale Fachkräftebündnisse zur Verfügung gestellt werden.“

*Kapitel 0510 - Arbeit und Qualifizierung, Aufstiegsförderung**Titel 684 18 - Maßnahmen gegen Zwangsheirat und Zwangsehe*

Frau **Carmen Schaper** bittet um genauere Informationen zur Mittelreduzierung um 50 000 Euro.

Frau **Kreutzenbeck** (MS) kündigt an, diese Information nachzureichen.

Per E-Mail an die Landtagsverwaltung teilte das MS im Nachgang zur Sitzung Folgendes mit:

0511	0511 684 61	<i>Empowerment, Prävention und Handlungssicherheit – im Kontext von Zwangsheirat und familiärer Gewalt</i>	<i>Frauen</i>	<i>Schutz und Unterstützung von Zwangsheirat und familiärer Gewalt betroffener Menschen u.a. durch Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Bereitstellung von Fachwissen und Handlungsempfehlungen für Fachleute.</i>	<i>0</i>	<i>73.293</i>	<i>0</i>	<i>Projekt beendet, ein neues ist in Vorbereitung, aber noch in der Hausabstimmung</i>
-------------	----------------------------	--	---------------	--	----------	---------------	----------	--

Einzelplan 07 - Kultusministerium

Kapitel 0703 - Nds. Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ)

TGr 67/76 - Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen aus dem schulischen Bereich

Herr **Dr. Anwar Hadeed** bittet um eine Erläuterung der vorgesehenen Kürzungen im Bereich Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Leitungspersonal.

StD **Frankenberg** (MK) sagt, der reguläre Ansatz werde im Wesentlichen fortgeschrieben: Im Jahr 2024 habe er etwas über 400 000 Euro gelegen, für das Jahr 2026 liege der Ansatz mit 392 000 Euro knapp darunter. Die Abweichung in Höhe von 357 000 Euro zum Ansatz für das Jahr 2025 erkläre sich ausschließlich durch den Wegfall einmaliger zusätzlicher Mittel, die über die politische Liste für das Jahr 2025 bereitgestellt worden seien.

Auf eine Nachfrage von Frau **Beate Seusing** führt der **MK-Vertreter** weiter aus, die Mittel, die über die politische Liste ergänzt worden seien, seien für nachhaltig wirksame Maßnahmen der Sprachbildung vorgesehen gewesen, die auch weiterhin finanziert würden. Hierzu gehörten zum Beispiel Blended-Learning-Angebote für Lehrkräfte oder ein sich noch in der Vorbereitung befindliches Projekt zum Thema KI und Mehrsprachigkeit.

*

Abschließend führt Herr **Dr. Anwar Hadeed** aus, viele Programme und Projekte seien auf Bundesebene gestrichen worden, wodurch die Arbeit der in Niedersachsen organisierten Migrantenvereine und -verbände drastisch erschwert würde. Daher sei es begrüßenswert, dass große Teile der benötigten Fördermittel im Haushaltsentwurf der Landesregierung veranschlagt seien, weshalb er den Beteiligten hierfür seinen Dank ausspreche.

Tagesordnungspunkt 2:

Sonstiges

Unterrichtungswünsche

Auf Nachfragen zum MI-Bereich des Haushaltsplanentwurfs von Frau **Magdalena Kruse** zum Themenkomplex „Erstattungen an den Bund zur Förderung der freiwilligen Rückkehr“ - insbesondere zu den Rückkehrzahlen - und von Herrn **Muzaffer Öztürkyilmaz** zur Budgeterhöhung bittet die **Kommission** um eine Unterrichtung zum nächstmöglichen Zeitpunkt durch die Landesaufnahmebehörde sowie für ergänzende Informationen durch MI-Vertretende.

Auf Wunsch von Herrn **Dr. Anwar Hadeed** bekräftigt die **Kommission** ferner ihre Bitte um Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Planungsstand für das Partizipations- und Teilhabegesetz in einer ihrer nächsten Sitzungen.

Des Weiteren ersucht sie auf Anregung von Frau **Beate Seusing** die Landesregierung um eine Unterrichtung zu den aktuellen Entwicklungen und insbesondere zum Zeitplan in Bezug auf das Antidiskriminierungsgesetz in einer ihrer nächsten Sitzungen.

Haushaltsübersicht zum Themenbereich Migration und Teilhabe

(Niedersächsische Staatskanzlei, Ref. 52; Stand: 05.09.2025)

Einzelplan/ Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Haushaltsplan)	Beschreibung der Maßnahme (Ressort-Zulieferungen)	Befristung der Maßnahme	MiPla 2027 (EUR)	Ansatz Haushaltsplan entwurf 2026 (EUR)	Ansatz 2025 (EUR)
02 StK	0201	TGr. 66	Bündnis für Niedersachsen	Bündnis "Niedersachsen packt an": Weiterentwicklung der Maßnahmen von Staat und Zivilgesellschaft bei Aufnahme und Integration von Menschen mit Flucht- und Zuwanderungsgeschichte; Verstetigung gemeinsamer Arbeit mit Initiatoren und -partnern im Bündnis, um Integration dauerhaft zu unterstützen; Netzwerk- und Dialogplattform	-	266.000 €	268.000 €	300.000 €
02 StK	0202	TGr. 84	Migration und Teilhabe	Veranstaltungen wie insbesondere Nds. Integrationspreis	-	51.000 €	53.000 €	61.000 €
02 StK	0202	TGr. 85	Verbindungsbüro des Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe	Öffentlichkeitsarbeit migrationspolitischer Themen sowie Heimatvertriebene sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern; Förderung Vernetzung der Aktivitäten im Themenfeld Migration und Teilhabe (Zusammenarbeit mit Koordinierungsstellen, Integrationsbeauftragte Länder/Kommunen, Migrantenorganisationen, Vereinen und Verbänden)	-	104.000 €	107.000 €	122.000 €
03 MI	0302	684 14-0	Zuschüsse für Fachberatung Härtefallkommission	Entlastung Mitglieder Härtefallkommission und der Geschäftsstelle MI	-	206.000 €	206.000 €	206.000 €
03 MI	0302	684 81-6	Zuschüsse für Sondermaßnahmen zur Eingliederung und Betreuung von Spätaussiedlern	Förderung von Eingliederungsmaßnahmen, die der Integration von Spätaussiedlern sowie deren miteingereisten Familienangehörigen dienen	-	150.000 €	156.000 €	156.000 €
03 MI	0326	546 11-1	Kosten der freiwilligen Rückkehr, Weiterwanderung und Rückführung von ausländischen Flüchtlingen	Bund-Länder-Projekt Brückenkomponente Albanien; Bund-Länder-Projekt URA Kosovo; Refinanzierung des Bundes für Rückkehr nach Syrien, Afghanistan, Eritrea, Libyen und Jemen; Individualhilfen Land zur Reintegration im Herkunftsland	-	232.000 €	232.000 €	391.000 €
03 MI	0326	632 11-5	Erstattungen an die Zentralstelle für ausländische Berufsqualifikationen (ZAB)	Aufgabenübertragung der staatl. Anerkennung einer Berufsqualifikation durch den Herkunftsstaat an die ZAB; Finanzierung erfolgt mittels Erstattungen im Umfang des Königssteiner Schlüssels	-	50.000 €	50.000 €	50.000 €
03 MI	0326	633 11-1	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden	Kostenerstattung erfolgt auf Basis der den Landkreisen und kreisfreien Städten durch die Aufnahme ausländischer Geflüchteter und Schutzsuchender entstehenden Kosten i. S. d. NAufnG	-	487.900.000 €	495.800.000 €	492.400.000 €
03 MI	0326	TGr. 61	Integrationsfonds	Unterstützung für Kommunen, die besonders vom Zuzug weitergewanderter Schutzberechtigter betroffen sind; Förderung von Maßnahmen/Projekten zur Stabilisierung, Stärkung und weiteren Entwicklung der Gebiete mit besonderen sozialen, demografischen und integrativen Herausforderungen; Ziel: Vermeidung sozialer Brennpunktbildung, Sicherung des sozialen Zusammenhalts, Förderung gesellschaftlicher Teilhabe betroffener Personengruppen einschließlich Schaffung adäquater Betreuungs-, Aus- und Fortbildungsangebote, Bewältigung integrativer Problemlagen	bis 2025	-	2.500.000 €	5.500.000 €
03 MI	0326	631 12-7	Erstattungen an den Bund zur Förderung der freiwilligen Rückkehr	Beteiligung am Bund-Länder-Programm "REAG/GARP 2.0"	-	487.000 €	487.000 €	478.000 €
03 MI	0326	685 51-0	Zuschüsse für Maßnahmen zur freiwilligen Rückkehr, Weiterwanderung und Rückführung von ausländischen Flüchtlingen	Zuwendungen für Beratungsprojekte zur Förderung freiwilliger Rückkehr von Flüchtlingen in ihr Herkunftsland oder Weiterwanderung in ein aufnahmeberechtigtes Drittland	bis 2027	1.800.000 €	1.800.000 €	1.650.000 €
03 MI	0328		Landesaufnahmebehörde Niedersachsen - budgetiert	Erstaufnahme, Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylbegehrenden: u.a. nicht aufteilbare Kosten durch Kinderbetreuung etc.; Sprach- bzw. Wegweiskurse für sich in der LAB NI befindliche Personen; Einführung einer Bezahlkarte; Förderung von zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Betreuung und Beratung von BewohnerInnen LAB NI	-	398.141.000 €	402.251.000 €	398.725.000 €
05 MS	0502	684 13-5	Psychosoziale und medizinische Beratung von Flüchtlingen und Ausländern	Institutionelle Förderung Ethno-Medizinisches-Zentrum e.V.	-	129.000 €	129.000 €	129.000 €
05 MS	0502	684 14-3	Förderung Psychosozialer Zentren für traumatisierte Flüchtlinge	Psychosoziale Zentren des Netzwerks für traumatisierte Flüchtlinge in NI e.V. (NTFN): Beratungen, Vermittlungen in Regelversorgung und therapeutische Krisenintervention	-	2.457.000 €	2.457.000 €	2.457.000 €
05 MS	0502	684 16-0	Zuschüsse zur Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Antidiskriminierung	Bundesprogramm "respekt*land" - Antidiskriminierungsberatung für ganz Deutschland": Unterstützung Aufbau von Beratungsstrukturen in Bundesländern, Weiterentwicklung dezentraler und niedrigschwelliger Antidiskriminierungsberatung in NI; Umsetzung Allgemeines Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)	bis 02/2027	53.000 €	53.000 €	83.000 €
05 MS	0503	531 01-4	Veröffentlichungen und Dokumentationen	Information über Ziele und Aktivitäten LReg im Themenfeld Migration und Teilhabe	-	15.000 €	15.000 €	15.000 €
05 MS	0503	547 11-5	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	Finanzierung von Fachtagungen, Referentenhonoraren, Veranstaltungen und statistischen Auswertungen (u.a. Integrationsmonitoring)	-	139.000 €	139.000 €	139.000 €
05 MS	0503	633 11-9	Einrichtung / Betrieb von Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe	Einrichtung/Betrieb von Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe bei Region Hannover, Landeshauptstadt Hannover, kreisfreien Städten, Landkreisen und Stadt Göttingen zur landesweiten Etablierung von lokalem Migrations- und Teilhabemanagement für Menschen mit Migrationsgeschichte	-	1.645.000 €	1.645.000 €	1.645.000 €
05 MS	0503	TGr. 65	Förderung der Teilhabe zugewanderter Menschen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts	Projekte im Rahmen der RL Teilhabe und Zusammenhalt zu Themenschwerpunkten der nds. Migrations- und Teilhabepolitik, insbesondere der Förderung gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte und ihres Engagements in Gesellschaft sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt.	-	1.498.000 €	1.498.000 €	1.600.000 €

05 MS	0503	684 11-2	Förderung von landesweit tätigen Migrantenorganisationen	Professionalisierung landesweit tätiger, multiethnisch und multikulturell organisierter Migranten(dach)organisationen; institutionelle Förderung von Geschäftsstelle und Verbandsarbeit möglich.	-	417.000 €	417.000 €	315.000 €
05 MS	0503	684 12-0	Förderung der Migrationsberatung	Zeitnahe und individuell benötigte Orientierung und Hilfestellung beim Prozess der Integration (u.a. Sozial- und Aufenthaltsrecht, sozialpädagogische psychosoziale Beratung, Bereiche Bildung, Ausbildung und Arbeit); Maßnahmen zur Integration jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderern; Brückenstelle Hameln	-	11.000.000 €	11.000.000 €	11.241.000 €
05 MS	0503	684 15-5	Förderung von Sprachmittlung für Zugewanderte	Förderung von Sprachmittlung, z.B. Projekt "Worte helfen Frauen"	-	371.000 €	371.000 €	371.000 €
05 MS	0503	684 76-7	Zuschüsse für laufende Zwecke zur Chancengleichheit in Bildung und Arbeit von Zugewanderten	Verbesserung Situation von Menschen mit Migrationsgeschichte durch Unterstützung der Teilhabe am Bildungssystem, Ausbildung und Beruf: u.a. Förderung Landesstelle Berufsanerkennung, Kofinanzierung zur IQ-Förderrichtlinie, Förderung MigrantenElternNetzwerk Niedersachsen	-	1.290.000 €	1.290.000 €	1.290.000 €
05 MS	0510	in 685 11-0	Arbeitsförderung - Arbeit und Qualifizierung, Verbesserung der Qualität der Arbeit sowie Modellprojekte der Arbeitsmarktpolitik	Förderung Projekt "Einrichtung von Beratungsstellen für mobile Beschäftigte": Beratung von Erwerbsmigranten vorwiegend aus EU-Ausland hinsichtlich Sozial- und Arbeitsrecht - derzeit elf Beraterinnen und Berater in fünf Beratungsstellen landesweit (Beratung zum Teil in/vor Arbeitsstätten und Unterkünften)	bis 2026	900.000 €	900.000 €	900.000 €
05 MS	0510	in 685 11-0	Arbeitsförderung - Arbeit und Qualifizierung, Verbesserung der Qualität der Arbeit sowie Modellprojekte der Arbeitsmarktpolitik	RL über Gewährung von Zuwendungen zur Unterstützung regionaler Fachkräftebündnisse durch Förderung von Fachkräfteprojekten für Region 2021 bis 2027; Ziel: regionale Situation verbessern und die Fachkräftestrategie vor Ort umsetzen	bis 2029	2.000.000 €	2.000.000 €	3.100.000 €
05 MS	0510	in 685 11-0	Arbeitsförderung - Arbeit und Qualifizierung, Verbesserung der Qualität der Arbeit sowie Modellprojekte der Arbeitsmarktpolitik	RL regionale Fachkräftebündnisse: Förderung von Welcome Center Projekten - Anlauf-, Erstberatungs- und Informationsstellen für Unternehmen und Fachkräfte zu Fragen der internationalen Fachkräftegewinnung und Arbeitsmarktintegration: Anfang 2024 Förderaufruf (Fördersumme einmalig für gesamten Förderzeitraum), sieben Welcome Center bewilligt	-	400.000 €	300.000 €	1.460.000 €
05 MS	0510	in 685 11-0	Arbeitsförderung - Arbeit und Qualifizierung, Verbesserung der Qualität der Arbeit sowie Modellprojekte der Arbeitsmarktpolitik	RL über Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von "Start Guides": Unterstützung Gewinnung und Integration internationaler Fachkräfte in Unternehmen in NI; individuelle, passgenaue Berufsorientierung und Arbeitsmarktberatung für Zuwanderinnen und Zuwanderer sowie Unternehmen mit Fachkräftebedarf; führen beide Seiten zu Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen zusammen	bis 09/2027	1.330.000 €	1.400.000 €	1.770.000 €
05 MS	0510	in 685 11-0	Arbeitsförderung - Arbeit und Qualifizierung, Verbesserung der Qualität der Arbeit sowie Modellprojekte der Arbeitsmarktpolitik	KAUSA-Landesstelle Niedersachsen: Erhöhung Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen und jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und migrantengeführten Unternehmen; Förderung durch BMBF im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung Bildungsketten zu 89 %, kofinanziert zu 11 % durch Verbundpartner Berufsbildung und Servicezentrum des Osnabrücker Handwerks GmbH, Ausbildung im Verbund pro Regio e.V. (Region Hannover) und VHS Delmenhorst; Antragssteller sind Verbundpartner; MK hat FF; MS stellt HH-Mittel zur landesseitigen Kofinanzierung für Anschlussprojekt ab 07/2025 zur Verfügung.	bis 2026	-	40.000 €	20.000 €
05 MS	0511	TGr. 63	Maßnahmen zur Integration von Frauen in das Arbeitsleben	HH-Mittel dienen der Kofinanzierung der mit Mitteln des europäischen Strukturfonds+ (ESF+) ausgestatteten RL "Regionale Initiativen und Kooperationen für Frauen am Arbeitsmarkt" (RIKA); Land fördert Projekte, die Frauen bessere Chancen am Arbeitsmarkt bieten (Arbeitnehmerinnen, Gründungsberatungen etc.); Fortführung der "Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft")	bis 2029	1.600.000 €	1.600.000 €	1.900.000 €
05 MS	0511	TGr. 64	Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind	RL über Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind; Förderung von Frauenunterstützungseinrichtungen gegen Gewalt: Frauenhäuser, Gewaltberatungsstellen sowie Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS); Anteil von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte liegt in Frauenhäusern i.d.R. bei über 66 %, bei Gewaltberatungsstellen bei rd. 26 % und in BISS bei rd. 40 %.	-	10.275.000 €	10.453.000 €	10.275.000 €
05 MS	0511	684 12-6	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungseinrichtungen und Schutzwohnungen für von Frauenhandel Betroffene	Betreuung und sicherer Unterbringung der Opfer von Frauenhandel kommt besondere polizeiliche, justizielle und migrationspolitische Relevanz zu; viele Betroffene stammen aus Drittstaaten und gelangen im Rahmen irregulärer Migration nach Deutschland; wirksamer Schutz sowie professionelle Betreuung sind daher nicht nur für die Stabilisierung der Opfer, sondern auch für die Sicherung von Strafverfahren und die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität unerlässlich; in spezialisierten Einrichtungen zeigt sich, dass Mehrheit untergebrachter Frauen internationale Bezüge aufweist.	-	528.000 €	528.000 €	528.000 €
05 MS	0511	684 17-7	Stärkung der Beratungsarbeit für Sexarbeitende in Niedersachsen	Durchführung von Maßnahmen zur Stärkung der Beratungsarbeit für Sexarbeitende in NI in Anlehnung an § 9 ProstSchG; Anteil Personen mit Zuwanderungsgeschichte rd. 88,7 %	-	160.000 €	160.000 €	210.000 €
05 MS	0511	684 18-5	Maßnahmen gegen Zwangsheirat und Zwangsehe	Krisentelefon gegen Zwangsheirat und Zwangsehe, Kriseninterventionsstelle	-	214.000 €	214.000 €	264.000 €
05 MS	0511	684 19-3	Zuschüsse zur Förderung von landesweiten Projekten gegen Genitalverstümmelung	Präventions- und Aufklärungsarbeit zur Verhinderung von weiblicher Genitalverstümmelung sowie niedrigschwellige Angebote für betroffene Mädchen und Frauen: Förderung des Projektes "Elikia"	-	155.000 €	155.000 €	155.000 €
05 MS	0572	633 67-0	Erstattung aufgewendeter Kosten der Kinder- und Jugendhilfe	Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere bei der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (umA); Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe	-	78.300.000 €	82.000.000 €	100.000.000 €
05 MS	0572	633 68-8	Erstattung von Verwaltungskosten an Kommunen	Land NI zahlt für jeden zugewiesenen umA einmalige Verwaltungskostenpauschale an örtliche Träger Kinder- und Jugendhilfe i.H.v. 2.000 €; Einführung bundesweites Verteilverfahren zur Verbesserung Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher.	-	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €

05 MS	0573	TGr. 71	Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und Bürgergesellschaft	Stärkung gesellschaftlicher Zusammenhalt, Förderung sozialen Miteinanders; Zielgruppe: Menschen, die sich ehrenamtlich/freiwillig engagieren (möchten) oder von Engagement profitieren; dies inkludiert Menschen mit Migrationsgeschichte; Förderung umfasst u.a. regionale Freiwilligenagenturen (FWA) und deren Landesverband, Freiwilligenakademie, Landesverband der Tafeln Niedersachsen und Bremen sowie Qualifizierungen von Engagierten; Freiwilligenserver als überregionales Online-Angebot betrieben; dabei sind Tätigkeiten von qualifizierten IntegrationslotsInnen, örtliche Angebote der FWA (z.B. Hausaufgabenhilfe, Formulareausfüllhilfe etc.) sowie Informationen zum Engagement für und mit Geflüchteten auf dem Freiwilligenserver besonders migrationsrelevant.	-	1.440.000 €	1.440.000 €	1.640.000 €
05 MS	0573	TGr. 75	Förderung von Projekten der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit	Jugendwerkstätten und Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (Pro-Aktiv-Centren); MigrantInnen bei allen Projekten besonders zu fördernde Zielgruppe; aneinandergereihte Förderperioden	-	15.178.000 €	15.178.000 €	15.178.000 €
05 MS	0573	in TGr. 84/90	Förderung von Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter, Verwendung des Anteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe zugunsten der Kinder- und Jugendhilfe	Förderung von Projekten zur Erziehung und Bildungs Kooperation und zur Gewaltprävention, verstärkter Verzicht auf freiheitsentziehende Maßnahmen durch Angebote der Jugendhilfe (ambulante sozialpädagogische Maßnahmen); Fußball-Fanprojekte zur Prävention von Gewalt; greifen Aspekt Migration und Teilhabe auf; aneinandergereihte Förderperioden	-	4.016.500 €	4.016.500 €	2.456.500 €
05 MS	0573	in TGr. 61/90/93	Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe zugunsten der Kinder- und Jugendhilfe, Verwendung der Mittel aus der Glücksspielabgabe für Zwecke der Jugendarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes gem. § 14 Abs. 3 Nr. 1 und 4 NGLüSpG	Förderung Träger Jugendarbeit nach dem Jugendförderungsgesetz / Unterstützung der landesweiten ehrenamtlichen Jugendverbandsarbeit: Bildungsmaßnahmen, Einzelmaßnahmen, Aus- und Fortbildung von Jugendleitern; internationale Begegnungen; Investitionsmaßnahmen in verbandliche Bildungsstätten; sonstige jugendpolitische Maßnahmen und landesweites Förderprogramm "4Generation - Vielfalt, Engagement und Bildung in Jugendarbeit"	-	4.860.500 €	4.860.500 €	4.785.500 €
05 MS	0574	in TGr. 65/66	Förderung familienfreundlicher Infrastrukturen und der Partnerschaftlichkeit in der Familie	Familienförderung richtet sich an alle Familien in NI; impliziert grds. auch spezielle Angebote für Familien mit Migrationshintergrund; Förderung örtlicher Träger der Jugendhilfe, um familienunterstützende Projekte selbst oder durch dritte Projektträger zu initiieren und durchzuführen.	-	5.090.000 €	5.090.000 €	5.090.000 €
06 MWK	0602	TGr. 90/91	Museum Friedland	Museum nimmt u.a. Fragen der Migrationspolitik, gesellschaftlicher Teilhabe, Kriegsfolgen und Asyl auch in gegenwartsorientierter Perspektive in den Blick	-	2.024.000 €	2.024.000 €	2.024.000 €
06 MWK	0608	in TGr. 77	Förderung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums	Sprachlernförderung für Integrationsmaßnahmen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und geflüchtete Menschen; Hochschulen zum Teil als Landesbetriebe, zum Teil als Stiftungshochschulen geführt, daher unterschiedliche HH-Titel	bis 09/2028	800.000 €	800.000 €	640.000 €
06 MWK	0608	TGr. 80	Landesstipendienprogramm	Stipendienvergabe an Studierende: vorrangig für besonders begabte Studierende aus sogenannten bildungsfernen Schichten sowie Studierende mit fluchtbedingt schwierigen Start- und Rahmenbedingungen.	-	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €
06 MWK	0680	in 633 02-2	Sonderfonds zur Unterstützung und Förderung des lebenslangen Lernens	Förderung von Maßnahmen zum Spracherwerb (Deutsch) von Geflüchteten (SEG-Flex): Erlernen deutscher Sprache; dauerhafte Förderung von Landessprachkursen	-	6.600.000 €	8.600.000 €	4.940.000 €
06 MWK	0680	in 633 02-2	Sonderfonds zur Unterstützung und Förderung des lebenslangen Lernens	BELUGA (Berufsbegleitendes Lern- und Grundbildungsangebot): Förderung gering literalisierter Menschen; Ergänzung zu Sprachkursen durch berufsbezogene Wortschätze	-	30.000 €	30.000 €	30.000 €
07 MK	0703	in TGr. 67	Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Leitungspersonal	Weiterentwicklung des Analyseverfahrens "2P Potenzial & Perspektive" sowie Online-Schulungen für Anwenderinnen und Anwender an allgemeinbildenden sowie berufsbildenden Schulen; computergestütztes Analyseverfahren zur Erfassung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen; speziell für Jugendliche mit geringen Deutschkenntnissen (insbesondere neu zugewanderte); Verbesserung Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache	-	45.000 €	45.000 €	45.000 €
07 MK	0703	in TGr. 67	Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Leitungspersonal	Fortbildungsmittel beim NLQ (Realisierung in dieser Höhe ist abhängig von den zur Verfügung stehenden HH-Mitteln) für Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte (migranetz): Entwicklung von regionalen Netzwerken von Lehrkräften mit Migrationsgeschichte; Einbringen verschiedener Expertisen aus Schulalltag ebenso wie migrationsspezifisches Wissen und persönliche Erfahrungen; Fachtagungen, Kampagnen und Fortbildungen; Unterstützung von Berufsmessen und Netzwerkarbeit	-	32.564 €	32.564 €	32.564 €
07 MK	0703	in TGr. 67/76	Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Leitungspersonal	Bildungspolitische Schwerpunkte (BipoS) Sprachbildung: Fortbildungen, Basis- und Zusatzqualifizierungen für Lehrkräfte (inkl. Erstsprachen-Lehrkräfte) aller Schulformen und Koordinierende der Sprachbildungszentren u.a. in Funktion als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Deutsch als Zweit- und Bildungssprache, Mehrsprachigkeit und interkulturelle Bildung "Musik, Sprache, Teilhabe", Leseförderung und interkulturelle Bildung; Deutsches Sprachdiplom, Qualifizierung der niedersächsischen Bereichslehrkräfte schulische Bildung von Kindern beruflich Reisender, Qualifikation der Mitarbeitenden der Sprachbildungszentren, Transferprojekt KI-Tool für Mehrsprachigkeit 2.0	-	392.000 €	392.000 €	749.000 €
07 MK	0705	in 422 01-1	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Sprachbildungszentren - Zentren für Sprachbildung und interkulturelle Bildung: Beratung und Unterstützung von Schulen aller Schulformen im Schulentwicklungsprozess in durchgängiger Sprachbildung als Aufgabe aller Unterrichtsfächer, Sprachförderung, Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen; 18 Sprachbildungskompetenzzentren in Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung (RLSB); enge Kooperation mit anderen Beratungssystemen im Geschäftsbereich MK sowie mit Kommunen, Bildungsregionen und anderen Akteuren im Bereich Sprachbildung oder interkulturelle Bildung	-	2.384.633 €	2.384.633 €	2.398.863 €

07 MK	0707	in TGr. 61	Prüfungsvergütungen und Verwaltungsausgaben	Sprachfeststellungsprüfung als Ersatz einer Pflichtfremdsprache - Sprachfeststellungsprüfungen zur Anerkennung der Leistungen in Erstsprache anstelle Pflichtfremdsprache für Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache (Schuljahrgänge 5 -10), Aufnahme in gymnasiale Oberstufe und Erfüllung Fremdsprachenverpflichtung in Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe, Sprachfeststellungsprüfungen an BBS	-	50.000 €	50.000 €	50.000 €
07 MK	0707	in TGr. 72	Förderung des Erziehungswesens in Sonderfällen	Deutsches Sprachdiplom (DSD) - DSD I und DSD I Pro: Förderung sprachliche Erstintegration (Vergütung Bewerterhonorare und anteilige Personalkosten Sekretariat KMK)	-	30.000 €	30.000 €	30.000 €
07 MK	0710-0718	in 422 11	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	Zusatzbedarf 071: Schulen erhalten von RLSB für besondere Sprachfördermaßnahmen und Förderkonzepte im Rahmen eines durch Erlass bestimmten Kontingents zusätzliche Lehrkräfte-Soll-Stunden; vorschulische Sprachförderung für Kinder, die keine KiTa besuchen	-	89.181.594 €	89.181.594 €	88.798.824 €
07 MK	0710-0718	in 422 11	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	Zusatzbedarf 401: Schulen mit hohem Anteil an Schülerinnen und Schülern an SuS mit Migrationshintergrund und Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen erhalten von RLSB zusätzliche Lehrkräftewochenstunden; Zusatzbedarfe 401 erhöhen Lehrkräfte-Soll-Stunden und sind in Lehrkräftebedarfsprognose enthalten (daher nicht in MiPla abgebildet)	-	7.176.439 €	7.176.439 €	7.145.637 €
07 MK	0710-0718	in 422 11	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	Erstsprachenunterricht: Förderung herkunftsbedingte Mehrsprachigkeit an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen	-	4.880.181 €	4.880.181 €	4.859.236 €
07 MK	0710-0718	in 422 11	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte (migranetz): Entwicklung von regionalen Netzwerken von Lehrkräften mit Migrationsgeschichte; Einbringen verschiedener Expertisen aus Schulalltag ebenso wie migrationsspezifisches Wissen und persönliche Erfahrungen; Fachtagungen, Kampagnen und Fortbildungen; Unterstützung von Berufsmessen und Netzwerkarbeit	-	69.562 €	69.562 €	69.264 €
07 MK	0710-0718	in 422 11	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	START - Stipendien für herausragend engagierte und talentierte Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund: Beitrag zu starker Demokratie und einer inklusiven, fairen Gesellschaft; START-Stiftung (Projekt der gemeinnützigen HERTIE-Stiftung) fördert Programm START; START arbeitet hierbei mit Kultusministerien der Länder sowie mit Stiftungen, Städten, Landkreisen und sonstigen Institutionen zusammen; MK stellt personelle Ausstattung der Landeskoordination (diese Lehrkräfte unterstützen START-Stiftung bei Umsetzung START-Stipendienprogramm).	-	55.795 €	55.795 €	55.555 €
07 MK	0710-0718	in 422 11	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	Unterricht für Kinder- und Jugendliche in Standorten der LAB NI (allgemeinbildende Schulen): MK/MI ermöglichen gemeinsam mit RLSB und LAB NI durch Unterricht über umliegende öffentliche allgemeinbildende Schulen sofortige Anbindung an nds. Schulsystem	-	1.828.166 €	1.828.166 €	1.820.320 €
07 MK	0720	in 422 11-6	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrkräfte	Unterricht für Kinder- und Jugendliche in Standorten der LAB NI (berufsbildende Schulen): MK/MI ermöglichen gemeinsam mit RLSB und LAB NI durch Unterricht über umliegende Berufseinstiegsschulen sofortige Anbindung an nds. Schulsystem.	-	710.000 €	710.000 €	710.000 €
07 MK	0774	in 427 62-0	Entschädigung an nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte in Kitas; Fortbildungsprogramm des Nds. Landesjugendamtes: mehrere Angebote im Themenbereich Migration und Teilhabe, Traumapädagogik sowie Sprachförderung zur Steigerung der vielfaltsbewussten, migrationspädagogischen und sprachbildenden Kompetenz von Fachkräften in Kitas	-	10.000 €	10.000 €	10.000 €
07 MK	0774	633 12-3	Besondere Finanzhilfe für Sprachbildung und Sprachförderung	Alltagsintegrierte Sprachbildung und Sprachförderung in Kitas: Finanzhilfe zur Umsetzung des gesetzl. Bildungsauftrages an örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe; Förderung zusätzliche Personalressourcen in Kitas, Qualifizierungsmaßnahmen und Personalausgaben für Fachberatung im Schwerpunkt Sprache (nach Vorlage eines abgestimmten Sprachförderkonzeptes): Verbesserung der Sprachkompetenz der Kinder in Kitas durch Beobachtung, Dokumentation und individuelle Förderung; durch enge Kooperation mit Erziehungsberechtigten soll Sprachbildungskompetenz, auch im Hinblick auf mehrsprachige Sprachentwicklung gesteigert werden.	-	32.545.000 €	32.545.000 €	32.545.000 €
07 MK	0774	633 86-7	Zuweisungen an Gemeinden für Sprach-Kitas	RL Sprach-Kitas: Ausbau der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung, inklusive Pädagogik sowie Zusammenarbeit mit Familien in bestehenden Sprach-Kitas	bis 07/2027	14.000.000 €	24.000.000 €	24.000.000 €
08 MW	5081	in 686 72-7	Zuschüsse an Organisationen der Wirtschaft und sonstige Zuschüsse	„Integrationsprojekt Fachkräfte für das Handwerk – Geflüchtete und Zugewanderte in Ausbildung und Beschäftigung“ (IFHa) wird durch fünf nds. Handwerkskammern sowie die Campus Handwerk Süd-West Niedersachsen GmbH umgesetzt; Zugewanderte, Geflüchtete und Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sollen für nds. Handwerk gewonnen und gehalten werden; Kernaufgaben: Vermittlung in Beschäftigungsverhältnisse sowie in die duale Ausbildung (Sprach- und Kompetenzfeststellungen, Vermittlung von Praktika, Einstiegsqualifizierungen), nachhaltige Begleitung und Beratung von Zugewanderten, Geflüchteten und Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sowie interessierten Handwerksbetrieben, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit	bis 2027	989.577 €	948.733 €	911.315 €
11 MJ	1105	in 686 10-8	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	Seelsorge für muslimische Gefangene, Sicherungsverwahrte sowie Arrestantinnen und Arrestanten: U.a. Honorar- und Fahrtkosten, Supervision, Fortbildung und Sachkostenzuschüsse für muslimische Seelsorgerinnen und Seelsorger sowie Finanzierung von zwei muslimischen Seelsorgerinnen und Seelsorgern	-	300.000 €	300.000 €	300.000 €